



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2012/2016(BUD)

30.5.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Haushaltsausschuss

zum Mandat für den Trilog über den Entwurf des Haushaltsplans 2013
(2012/2016(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Enrique Guerrero Salom

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. unter Hinweis auf die Lage der öffentlichen Finanzen auf nationaler Ebene, und in der Erwägung, dass der Haushaltsplan der Union unter anderem ein einzigartiges Instrument zur Steuerung von Investitionen darstellt, das in Zeiten der Krise gestärkt werden müsste;
- B. unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 14. März 2012 zu den allgemeinen Leitlinien für die Aufstellung des Haushaltsplans 2013 – Einzelplan III – Kommission¹ und vom 8. Juni 2011 mit dem Titel „Investition in die Zukunft: ein neuer mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und inklusives Europa“²;
 1. vertritt die Auffassung, dass das Jahr 2013 einen Wendepunkt für die Überwindung der Krisen darstellen könnte, ja sogar darstellen muss und die Haushaltspolitik die Aussicht auf erneutes Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigen sollte; vertritt folglich die Auffassung, dass im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen restriktiven Maßnahmen und solchen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit begünstigen, vorgesehen sein sollte, wobei den Maßnahmen auf dem Gebiet des Gender-Mainstreaming gebührend Rechnung zu tragen ist;
 2. betont, dass das Jahr 2013 dem Jahr der nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament vorausgeht und daher eine ausgewogene Kommunikationspolitik zur Aufklärung der Bürger über ihr Wahlrecht und die Bedeutung der Wahlen zum Europäischen Parlament erforderlich macht;
 3. bedauert, dass im „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ 2013 keine zusätzlichen Mittel für den Gesamthaushaltsplan der Union bereitgestellt wurden, und fordert die Kommission auf, die Ziele des Themenjahres wirksam in die Durchführung der Unionspolitiken zu integrieren;
 4. betont, dass die Kommission und das Europäische Parlament für die Gewährleistung einer effizienten Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative eine angemessene und ausgewogene Finanzierung der öffentlichen Anhörungen einkalkulieren müssen;
 5. vertritt die Ansicht, dass die politischen Parteien und die Stiftungen auf europäischer Ebene eine ausreichende finanzielle Förderung erhalten müssen, um den in den Verträgen festgelegten Auftrag der Parteien im Hinblick auf die Schärfung eines europäischen politischen Bewusstseins und die Bekundung des Willens der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen; sieht dem Vorschlag der Kommission zur Aufnahme eines neuen, ausschließlich die Finanzierung von politischen Parteien und Stiftungen auf europäischer Ebene betreffenden und speziell auf sie zugeschnittenen Titels in die Haushaltsordnung erwartungsvoll entgegen.

¹ Angenommene Texte, P7_TA(2012)0077.

² Angenommene Texte, P7_TA(2011)0266.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	30.5.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 14 -: 3 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alfredo Antoniozzi, Andrew Henry William Brons, Andrew Duff, Ashley Fox, Roberto Gualtieri, Enrique Guerrero Salom, Gerald Häfner, Stanimir Ilchev, Paulo Rangel, Algirdas Saudargas, Rafał Trzaskowski, Manfred Weber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	John Stuart Agnew, Zuzana Brzobohatá, Dimitrios Droutsas, Anneli Jäätteenmäki, György Schöpflin